

Annette Henninger und Ursula BirsI (Hg.)

Antifeminismen. „Krisen“-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential

IMKE SCHMINCKE

In den letzten fünfzehn Jahren haben hierzulande antifeministische Stimmen an Lautstärke und Sichtbarkeit gewonnen, mittlerweile sitzt mit der Alternative für Deutschland (AfD) auch eine Partei im Bundestag, die massiv gegen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt agitiert. Auch in anderen europäischen Ländern versuchen rechtskonservative und rechtspopulistische Parteien durch Geschlechter-, Familien- und Sexualitätspolitik zu punkten, wie beispielsweise jüngst in Ungarn, wo die Regierung ein Gesetz verabschiedet hat, welches die Darstellung nicht-heteronormativer Lebensformen in Büchern, Broschüren und Werbung verbietet. Die neue antifeministische Welle setzt sich jedoch aus sehr unterschiedlichen Akteur*innen und Argumenten zusammen. Diese innerhalb des deutschen Kontextes genauer zu untersuchen, war Aufgabe zweier an der Philipps-Universität Marburg angesiedelter Forschungsprojekte, deren Ergebnisse in dem von *Annette Henninger* und *Ursula BirsI* herausgegebenen Sammelband vorgestellt werden. Es handelt sich dabei um die von Dorothee Beck durchgeführte Studie „Genderismus“ in der medialen Debatte. Themenkonjunkturen 2006 bis 2016“ (Laufzeit 2017-2019, Förderung durch das Land Hessen) sowie um das insgesamt fünf Teilprojekte umfassende interdisziplinäre Projekt „Krise der Geschlechterverhältnisse? Anti-Feminismus als Krisenphänomen mit gesellschaftsspaltendem Potenzial“ (abgekürzt REVERSE, Laufzeit 2017-2020, gefördert durch das BMBF). Die Fallstudien beziehen sich auf wissenschaftliche Antifeminismen, die Verschränkung von Antifeminismus und Rassismus, Inszenierungen moderner Mutterbilder und mögliche Anschlüsse für Antifeminismus sowie antifeministische Mobilisierungen gegen Sexualpädagogik und gegen die *Ehe für alle*. Gerahmt werden die sechs Studien von gesellschaftstheoretischen Überlegungen zum Begriff des Antifeminismus, zur Krise der Geschlechter- und der Subjektverhältnisse, ergänzt durch kurze Beiträge aus der pädagogischen Praxisarbeit. Positiv hervorzuheben ist neben der Tatsache, dass erstmals empirisch zu den Facetten des neuen Antifeminismus geforscht wurde, dass die Arbeit an den Fallstudien offenbar in einen gemeinsamen Diskussionsprozess eingebunden war, der für alle begriffliche Grundlagen geschaffen hat und in dem am Schluss die Einzelergebnisse wieder gebündelt wurden.

In ihrem einführenden Beitrag skizziert Henninger den Horizont, vor dem die Einzelstudien angesiedelt sind: das Erstarken eines neuen und demokratiegefährdenden Antifeminismus, der die Gestaltung der Geschlechterverhältnisse der Aushandlung entzieht und Ideologien der Ungleichheit verbreitet. Begrifflich bestimmt Henniger den Antifeminismus von einem herrschaftskritisch verstandenen Feminismus-Be-

griff aus als weltanschauliche Position, von der aus im Kampf gegen Emanzipation und Gleichstellung um Hegemonie gerungen wird. Als Gegenbewegung gegen Liberalisierung und Entnormierung der Geschlechterverhältnisse kann er auch als anti-demokratisch gedeutet werden, so Birsl in dem zweiten konzeptionellen Beitrag. Dieses Verständnis liegt auch den empirischen Studien zugrunde, die jeweils für ihr Feld nach den spezifischen Akteur*innen, Argumenten und Diskursen gefragt haben. So hat *Dorothee Beck* in einer Analyse der Medien Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Welt, Süddeutsche Zeitung und Spiegel Online herausgefunden, dass die Diskursivierung von Gender-Themen häufig gar nicht anlassbezogen stattfindet und diese Medien somit eine eigene Gender-Agenda verfolgen – wenn auch inhaltlich mit Unterschieden: Während die Themen sexueller Vielfalt vor allem in den liberaleren, in Ansätzen auch in den konservativen Medien positiv dargestellt würden, würden Gender Studies und geschlechtersensible Sprache in allen als problematisch diskutiert werden. Die Themen und Haltungen vor allem in den konservativeren Medien werden nicht unwesentlich durch wissenschaftliche Expertise legitimiert, welche sich *Marion Näser-Lather* in ihrer Studie genauer angeschaut hat. Sie hat zehn Wissenschaftler*innen als potenzielle Influencer*innen innerhalb antifeministischer Diskurse ausgemacht. Ihre gründliche und nüchterne Beschreibung der Wissenschaftler*innen, deren Argumente, aber auch Strategien zur Delegitimation von Gender Studies ist sehr erhellend. In einer weiteren Fallstudie haben *Denise Bergold-Caldwell* und *Barbara Grubner* die Verschränkung von Antifeminismus mit Rassismus untersucht und drei dominante Diskurse herausgearbeitet: den bevölkerungspolitischen Diskurs, den geschlechterpolitischen Überlegenheitsdiskurs und den Gefährdungs-/Verführungsdiskurs. Deutlich wird hier, dass sich Antifeminismus und Rassismus gegenseitig stabilisieren, sei es in der negativen Bezugnahme auf Feminismus im Kontext von demographischem Wandel oder in der positiven Bezugnahme auf Frauenrechte im Kontext der Abwertung vermeintlich ‚kulturell Anderer‘. *Helga Krüger-Kirn* und *Leila Zoë Tichy* fragten in ihrer Analyse von Eltern-Zeitschriften sowie Interviews mit Müttern, inwiefern es hier Anschlussstellen an antifeministische Vorstellungen von Mutterschaft und Familie gibt. Sie fanden diese in der Rhetorik der Wahlfreiheit, mit Hilfe derer strukturelle (Vereinbarkeits-)Probleme individualisiert werden, sowie in den letztlich naturalisierten Auffassungen von Mutterschaft. Die hier als postfeministisch zu bezeichnenden Positionen unterscheiden sich jedoch von den stark konservativen antifeministischen Positionen zu Geschlecht, Familie und Sexualität in den letzten beiden Fallstudien. *Anna Lena Oldemeier*, *Ferdinand Backöfer*, *Susanne Maurer* und *Katharina Aleksin* haben sich mit Debatten um (Sexual-)Pädagogik seit 2014 beschäftigt. Sie argumentieren, dass in den antifeministischen Delegitimierungsstrategien im Begriff der Sexualpädagogik Unterschiedliches fälschlich in einen Topf geworfen und abgewertet wird: geschlechterreflektierte Pädagogik, Antidiskriminierungspädagogik und Sexualpädagogik. Diese werden im Feindbild der Sexualpädagogik gleichermaßen als übergriffig und gefährlich dämonisiert. *Christopher Fritzsche* und *Juliane Lang*

untersuchen als empirischen Gegenstand die Konflikte um die *Ehe für alle* und rekonstruieren die diskursiven Stränge, mittels derer antifeministische Akteur*innen ein partikulares Verständnis von Familie als Teil eines autoritär-repressiven Projekts zu etablieren versuchen.

In der Zusammenschau macht der Band mit seinem Schwerpunkt auf Akteur*innen und Diskurse auf die Vielfältigkeit des Phänomens (daher „Antifeminismen“ im Plural), aber auch auf Zusammenhänge und Überschneidungen aufmerksam. Aktuelle Antifeminismen stellen eine ernstzunehmende politische Gefahr dar, weshalb eine wissenschaftliche Auseinandersetzung ebenso notwendig ist wie pädagogische Aufklärungsarbeit und politische Interventionen. Der vorliegende Band hat hier mit seinen empirischen Einzelstudien und der gesellschaftstheoretischen Perspektive einen wichtigen Auftakt gemacht zur Frage, inwieweit Antifeminismen als Ausdruck gesellschaftlicher Krisentendenzen zu begreifen sind. Weiteren Forschungsbedarf sehe ich hinsichtlich folgender Themen: der Wirkung und Reichweite antifeministischer Mobilisierungen, hierzulande und in transnationaler Perspektive; der systematischen Aufbereitung historischer Kontinuitäten und nicht zuletzt der (kapitalismuskritischen) Einordnung antifeministischer Kämpfe in die Geschichte des Feminismus als dessen unintendierte Nebenfolge. Mit letzterem ist gemeint, dass antifeministische Reflexe einerseits als eine Reaktion auf die Erfolge des Feminismus zu deuten sind und andererseits als ein Zerfallsprodukt eines Feminismus, der sich zunehmend diversifiziert und dabei kommerzielle und exklusive Varianten wie Marken- oder Elitenfeminismen mit hervorgebracht hat.

Annette Henninger, Ursula Birsl (Hg.), 2020: Antifeminismen. „Krisen“-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential. Bielefeld: transcript Verlag. 434 S., ISBN 978-3-8376-4844-7.

Sammelrezension: Rechtspopulismus, Religion und Geschlecht

INA KERNER

In den zahlreichen Publikationen zu Rechtspopulismus und Geschlecht, die in den letzten Jahren erschienen sind, kommen am Rande auch Religionsgemeinschaften vor. In den beiden besprochenen Bänden steht Religion explizit im Zentrum. „Anti-Genderismus in Europa“ entstand im Kontext des Grazer Forschungsprojekts „Widerstand erforderlich? – Identitäts- und Geschlechterkämpfe im Horizont von Rechtspopulismus und christlichem Fundamentalismus heute“, das von den katholischen Theologinnen *Sonja Angelika Strube* und *Rita Perintfalvi* geleitet wurde; der Band „Illiberal Politics and Religion in Europe and Beyond“ verdankt sich dem Exzellenzcluster „Religion und Politik“ an der Universität Münster. Geschlechter-